

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Gebr. Lehmann, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Ruth. Kirchstr. 65, Tel. 245 14. Bestellungen durch die Post für den Monat I.—M.

Nummer 47

Düsseldorf, den 26. November 1932

Verlandort Krefeld

„Geglückte Sanierung“ - auf Kosten der Arbeitslosen

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit machten es immer mehr Menschen unmöglich, den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen durch ihre Hände Arbeit zu verdienen. Je mehr die Zahl jener unfreiwillig aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschiedenen Arbeitnehmer anwuchs, umso dringender wurden gesetzliche Maßnahmen, die die Existenz dieser Krisenopfer sicherstellten. Was lag in dieser Situation näher, als die Forderung nach Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung zu verwirklichen? Trotzdem stellten sich dieser Forderung nicht unerhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Sie kamen in der Hauptsache aus dem Arbeitgeberlager. In diesen Kreisen war besonders die Aufbringung der Mittel für die Versicherung der Stein des Anstoßes. Die Beiträge zur Sozialversicherung — von jeher als „soziale Last“ angesehen — nun noch durch Einführung eines neuen Versicherungsmechanismus erhöhen, das bezeichneten sie als untragbar. Als jedoch mit dem Anwachsen des Arbeitslosenheeres die Frage der Versicherung immer dringlicher wurde und die Arbeitnehmer sie immer stürmischer verlangten, da konnte man nicht mehr umhin, ihrer Einführung näher zu treten. Bereits im Jahre 1923 war die Beitragspflicht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt worden. Trotzdem dauerte es noch bis zum Jahre 1927, ehe die Versicherung Wirklichkeit wurde. Von 1923 bis 1927 wurden wohl dem Arbeitnehmer für die Arbeitslosen Beiträge abgenommen, aber ein Anrecht auf Unterstützung bestand nicht. Nur im Falle der Bedürftigkeit wurde Unterstützung gezahlt. Dies änderte sich erst im Jahre 1927 mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Sozialversicherung unter Krisendruck

Die Einführung dieser Versicherung erfolgte unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Zwar hatten wir im Jahre 1927 eine verhältnismäßig gute Konjunktur. Aber bereits im Jahre 1928 flaute sie ab. Die folgenden Jahre brachten einen wirtschaftlichen Tiefstand, wie er in diesem Ausmaß bisher noch nicht eingetreten war. Von Jahr zu Jahr hat sich seitdem die Krise verschärft. Die Arbeitslosenziffern stiegen rapide an. Rund 7 Millionen Menschen suchen heute vergebens nach dem Arbeitsplatz.

Daß sich derartige Arbeitslosenziffern für die junge Versicherung verhängnisvoll auswirken mußten, ist selbstverständlich. Der Beitragsfuß war ursprünglich mit 3 Prozent des Arbeitslohnes festgesetzt worden. Etwa 700 000 Arbeitslose ließen sich damit im Jahresdurchschnitt unterstützen. Das Emporschnellen der Arbeitslosenziffern auf das Vielfache dieser Zahl brachte die Versicherung schon bald in finanzielle Schwierigkeiten. Zunächst griff das Reich ein mit Zuschüssen. Diese Situation benutzten die Gegner der neuen Versicherung, um einen wahren Sturm gegen dieselbe zu entfesseln. Sie stellten die Forderung auf, die Versicherung müsse auf eigene Füße gestellt werden. Das hieß nichts anderes als: Die Beaufschaffung durch das Reich müsse aufhören. Es kam zu Erhöhungen des Beitrages und zur Kürzung der Leistungen. Der Beitrag wurde bis auf 6,5 Prozent erhöht und der Unterstützungsanspruch nach und nach von 26 bis auf 6 Wochen herabgesetzt. Auch die Unterstützungshöhe wurde so lange gekürzt, bis sie zum Teil unter die Höhe der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge herabsank.

Leistungsabbau trotz Ueberschüssen

Diese rigorosen Abstriche der Leistungen lagen keineswegs in der finanziellen Lage der Reichsanstalt begründet. Sie erfolgten vielmehr unter dem Druck starker interessierter Kreise. Ihnen war die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit seit ihrem Bestehen ein Dorn im Auge. Wie wenig diese radikale Zusammenstreichung der Leistungen der Arbeitslosen-Versicherung in der Natur der Sache begründet war, beweist der Umstand, daß die Reichsanstalt nach der Juni-Notverordnung recht erhebliche Ueberschüsse erzielt. Bereits vor dieser Notverordnung waren die Leistungen auf ein Maß herabgesetzt worden, welches der Versicherung ein leidliches Ueberwasserhalten erlaubte. Waren für diese Kürzungen wenigstens plausible versicherungstechnische Gründe ins Feld zu führen, so fehlen diese Gründe für die Kürzungen der Regierung „Papen“ vollständig. Das Gebilde, das man heute noch Arbeitslosen-Versicherung nennt, ist nichts anderes, als eine Einrichtung, die den Zweck hat, die Arbeitnehmer zu belastigen. Der versicherungsrechtliche Unterstützungsanspruch, den die Beitragszahler heute noch haben, steht in gar keinem Verhältnis zu den hohen Beiträgen, die gezahlt werden müssen. So beträgt der Anspruch, den ein lediger Versicherter der Lohnklasse XI in der höchsten Ortsklasse an die Versicherung hat, 6 mal 11,70 RM. gleich 70,20 RM. An Beitrag zahlt dieser Versicherte einschließlich Arbeitgeberanteil im Jahr mindestens den Betrag von 205,— RM. Der eigene eingezahlte

Anteil liegt hier somit im Jahre immerhin noch über 30,— RM. höher als der gesamte Unterstützungsbetrag, auf den ein rechtlicher Anspruch besteht. Eine Versicherung, die auf einer derartigen Grundlage aufgebaut ist, hat nicht mehr das Recht, sich Versicherung zu nennen.

Wir erwähnten bereits, daß die Reichsanstalt nach der „geglückten Sanierung“ durch die Regierung „Papen“ ganz erhebliche Ueberschüsse erzielt. Diese Ueberschüsse werden zum Teil verwandt zur Finanzierung der Notstandsarbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes und des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung. Neben diesen Zuschüssen war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich von April bis Oktober d. J. die ansehnliche Summe von rund 160 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Das Reich benutzte diese Gelder mit zur Finanzierung der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Somit hat sich die Arbeitslosenversicherung mit der Zeit als gute Einnahmequelle für das Reich entwickelt. Während den Arbeitslosen die Unterstützung auf ein unerträgliches Maß zusammengestrichen und der Rechtsanspruch auf dieselbe streitig gemacht wird, zieht das Reich die Millionenbeträge ein. Das geschieht in derselben Zeit, in der Industrie und Landwirtschaft sich schier unerträglichem Zuwendungen durch das Reich erfreuen, wofür auf der einen Seite neue drückende Steuerlast, auf der anderen Seite Steuerergänze.

Die Steuerlast der Arbeitnehmer

Diese neue Steuerlast der Arbeitnehmer durch die Arbeitslosenversicherung ist das Ungerechteste, was bisher auf steuerlichem Gebiete geleistet wurde. Zwangsweise erhebt man von den Arbeitnehmern Beiträge zu einer Versicherung und verwendet diese Beiträge für alle möglichen anderen Zwecke. Dabei sind die so „Versicherten“ mit Steuern und Abgaben aller Art reichlich bepackt, vielfach so reichlich, daß der Lohn des Arbeiters die gekürzte Unterstützung der Arbeitslosen nicht übersteigt. Neben der bekannten Lohnsteuer zahlt der Arbeitnehmer eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe. Sie beträgt bei Monatseinkommen bis 125,— RM. 1,5 Prozent, über 125 bis 300 Mark 2,5 Prozent. Dann kommen noch Bürger- und Kirchensteuern mit ganz ansehnlichen Beträgen. Nach all diesen direkten Steuerabgaben kommt der Beitrag zur „Arbeitslosen-Versicherung“ mit einem Arbeitnehmeranteil von 3,25 Prozent des Lohnes. Erst nach all diesen Abzügen folgt der Beitrag zur Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung. Kann man sich da wundern, wenn der so durch Steuern und Abgaben gesiebte Lohn den „Entlohnungen“ irre werden läßt an Staat und Gesellschaft? Dies umso mehr, als dieses Abgabensystem einseitig die Arbeitnehmer bedrückt und völlig ungerecht ist.

Das große Unrecht

Wenn das Reich Mittel benötigt zur Finanzierung der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, so ist das eine Angelegenheit, die das ganze deutsche Volk angeht. Das kann niemals eine Sache sein, wofür allein die Arbeitnehmer verantwortlich sind. Dadurch, daß man die Arbeitslosen-Versicherungsbeiträge in erheblicher Weise für diese Finanzierung heranzieht, obschon die Versicherten durch die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe schon einseitig vorbelastet sind, stempelt man die gesamte Arbeitslosen-Versicherung zu einer Sache, die vornehmlich die Arbeiter zu tragen haben. Wie ungerecht diese Lastenverteilung ist, ergibt sich sehr deutlich bei einer Gegenüberstellung mit der Last, die andere Volksschichten zur Arbeitslosenhilfe zu tragen haben. So zahlen die Beamten insgesamt an Arbeitslosenabgabe 1,5 Prozent ihres Einkommens. Bei den übrigen Steuerpflichtigen hat man es bei der Krisensteuer bewenden lassen. Sie beträgt bis zu einem Jahreseinkommen von 30 000,— RM. nur 0,5 Prozent.

Vergleicht man so die Opfer anderer Berufsschichten mit denen der Arbeitnehmer, so wird die ganz ungerechte Lastenverteilung völlig klar. Dann erst ermüdet man auch das große Unrecht, das den Arbeitslosen zugefügt wurde durch den radikalen Abbruch ihrer Unterstützungen. Und bei so ungleicher Behandlung erwartet die Regierung „Papen“ von den Arbeitnehmern Mitarbeit an ihrem Aufbauprogramm? Die Arbeitnehmer werden gehen in der Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, damit ihre Belange auch gegen den reaktionären Kurs der Gegenwart gewahrt werden können. R. W.

Die Stunde der Parteien

Die folgenden Ausführungen wurden geschrieben zu einem Zeitpunkt, da an einen Rücktritt des Herrn von Papen noch nicht zu denken war. Inzwischen ist die Demission des Kabinetts Schleicher von Papen eingetreten. Der überraschend schnell erfolgte Rücktritt der Regierung aber beweist die Aktualität dieser Ausführungen nicht. Ihre politischen Schlussfolgerungen erhalten im Gegenteil dadurch erhöhte Bedeutung.

M. Der Reichskanzler von Papen liebt nicht nur hohe historische Vergleiche bei der Selbsteinschätzung seiner Person und Politik — so wenn er jene großzügige Parallele zwischen sich und seinen „Taten“ mit dem Reichskanzler Bismarck zieht; er hat offenbar auch eine besondere Vorliebe für jene klassischen Bräuche der Antike, von denen uns Uebersetzung und Sage berichten. So für jene Uebung auch der alten Hellenen, die — wenn es zum Kampf kam — bekanntlich ihre Gegner durch Zorn- und Schmähereden herabzusetzen suchten. — Böse Zungen behaupten allerdings, das sei lediglich geschehen, um sich selber Mut zu machen und die eigene fehlende Zivilcourage zu verbergen. Im allgemeinen nennt man es lediglich, den Gegner so im Werte zu vermindern. Noch weniger nennt man es Beweis besonderer eigener Stärke nach einem Zufallsieg, für den man selber nichts kann und zu dem man selber nicht entscheidend beitrug, solcherart den Gegner herabzusetzen.

Ein Zufallsieg aber und nicht mehr ist es, was Herr von Papen als Ergebnis des 6. November zu buchen hat. Ein „Sieg“ lediglich insofern, als der 6. November — wie die Dinge bis jetzt liegen — keine koalitionsfähige Parlamentsmehrheit gegen Herrn von Papen brachte und damit eine Verlängerung seiner überlegenen Präsidialposition gegenüber dem Reichstag ermöglichte. So wie die Dinge bis jetzt liegen. — Ob dieser Sieg morgen noch ein Sieg für Herrn von Papen sein wird, ist eine andere Frage. Daraus aber sollte Herr von Papen, wenn er staatspolitisch klug und weitsichtig handeln will, die Konsequenz ziehen. Der 6. November entschied, wenn er auch jene parlamentarische Mehrheitskoalition gegen ihn nicht brachte, dennoch mit überwältigender Volksmehrheit gegen Herrn von Papen. Jene heute noch fehlende parlamentarische Koalitionsmehrheit gegen ihn aber kann, eher als Herr von Papen glaubt, da sein, und, früher als er selber meint, seine hellenischen Kampfrufe zum Bestimmen bringen.

Troja fiel nicht an einem Tage.

Will Herr von Papen aber wirklich der oft betonten Treuhänderschaft des Reichspräsidenten und der Reichsregierung im Sinne des wirklichen Volkswillens entsprechen, dann genügt die schon aber reichlich platonische Geste der „offenen Arme“ nicht. Dann muß Herr von Papen handeln sein Wollen der nationalen (nicht der deutschnationalen) Konzentration beweisen — oder aber berufenen Führern in der Mission der Sammlung aller wirklich aufbauwilligen Kräfte seine Stellung abtreten.

Herrn von Papens absolutes Persönlichkeitsbewußtsein und sein Glaube an die Ausschließlichkeit seiner Berufung läßt ihn freilich fürchten, daß er, wenn nicht die Ereignisse ihn dazu zwingen, diese Konsequenz kaum ziehen wird.

Daraus ergibt sich die Konsequenz für die „Anderen“, die Konsequenz für die politischen Gegenspieler Herrn von Papens in den wirklich aufbauwilligen politischen Parteien. Wir legen uns dabei nicht fest. Weder auf eine angeblich „sozialistische Mehrheit“ noch auf eine sogenannte „bürgerliche Mehrheit“ oder einen „Mittelblock“. Wir zirkulieren keine „erweiterte“ oder „gemäßigte Rechte“, aber auch keine „Linke“ ab. Wir denken an keine Parteikoalition, sondern an eine frei von parteipolitischen Bindungen und ohne parteipolitische Begrenzungen zu suchende Mehrheit aus allen staatsbeherrschenden Parteigruppen, die zu finden und möglich sein muß, wenn nur die wirklichen Interessen des Volkes, um das es doch letzten Endes geht, über die parteiinteressen gestellt werden. — Ja; selbst vom Standpunkt der verschiedenen Parteigruppen aus gesehen möglich sein muß. Oder — fragen wir uns doch: Welche Partei kann überhaupt in der gegenwärtigen Situation noch wünschen und wollen, daß nochmals die staatspolitisch negative Sonde der Wahlen in die Wunde unseres Volkskörpers gesenkt wird? Nicht einmal die Nationalsozialisten oder Deutschnationalen oder Volksparteiler — höchsten Kommunisten oder Interessenglieder, denen volkspolitische Urteil und staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein abgeht.

Wie die Plattform genannt wird, auf der eine solche unparteiliche, positive — lagen wir jetzt einmal — parteilose parlamentarische Mehrheit zu schaffen ist, wie breit und wie tief diese Plattform in politischen Einzelfragen errichtet wird, ist ebenso minder wichtig wie die Frage nach ihrer zeitlichen Fixierung. Aus schlagend ist, daß es eine Plattform der tatsächlich vorhandenen Mehrheit der bewußten staatspolitischen Volkseinsicht ist. Gemeinjamere Berührungspunkte sind — wir erinnern nur an die Frage der Arbeitsbeschaffung — längst gegeben. Gemeinjamere Formulierungen für ein Mehrheitsprogramm, auf dem sich diese Plattform errichten läßt, müssen gefunden werden. Mühen — um des

Die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe durch die Reichsanstalt

Bekanntlich entstehen durch die Verordnung der Reichsregierung zur Ergänzung von Sozialleistungen vom 19. Oktober d. J. dem Reiche insgesamt 70 Millionen Mehrkosten, von denen 11 Millionen RM. pro Monat, also insgesamt 55 Millionen, auf die Arbeitslosenversicherung entfallen. Eine besondere Deckung seitens des Reiches ist für diese Mehrkosten nicht vorgesehen. Der Gesamtbeitrag wird vielmehr den Ersparnissen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entnommen.

Mitteilungen der zuständigen Stelle weisen in diesem Zusammenhange auf den Finanzstatus der Reichsanstalt hin. Die Einnahmen der Reichsanstalt bestehen bekanntlich aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nun betrug das Beitragsaufkommen vom 1. April bis 30. September d. J. mehr als eine halbe Milliarde Mark, trotz Rückgangs der Beitragszahler und der Löhne. Für das ganze laufende Rechnungsjahr ist also mit über einer Milliarde Mark zu rechnen. Aus eigenen Mitteln betreut nun die Reichsanstalt nur die Arbeitslosen der Versicherung, während die Fürsorge der Krisenunterstützung zu vier Fünftel aus Mitteln des Reichs und zu einem Fünftel aus Mitteln der Gemeinden finanziert wird.

Durch die Einschränkung der versicherungsmäßigen Unterstützungsdauer auf 16 bzw. 20 Wochen, bei gleichzeitiger Einführung der Bedürftigkeitsprüfung, ist die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung stark gesunken. Desgleichen sank die Höhe der Unterstützung beträchtlich, so daß der durchschnittliche Unterstützungsaufwand in der Versicherung auch nach der Einführung der Wintererhöhung nicht mehr als etwa RM. 44 monatlich beträgt. Die finanzielle Entspannung der Reichsanstalt auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung ist dadurch wesentlich erleichtert worden, so daß die Reichsregierung die Ueberlässe der Reichsanstalt für die Deckung der Mehrkosten bei den Sozialleistungen ohne weiteres in Rechnung stellen konnte.

Allerdings beschränken sich die finanziellen Aufwendungen der Reichsanstalt nicht auf die Unterstützungen. Neben der Arbeitsvermittlung, die alle Arbeitslosen, also auch die Wohlfahrtsverwerbslosen und die Nichtunter-

stützten umfaßt, betreut die Reichsanstalt gegenwärtig etwa eine Viertelmillion Kurzarbeiter. Sie ist weiterhin in starkem Umfange bei der Finanzierung der Notstandsarbeiten und des freiwilligen Arbeitsdienstes beteiligt. Große Mittel erfordern die beruflichen Bildungsmaßnahmen der Reichsanstalt, die im letzten Jahre rund 330 000 Jugendliche umfaßten und in diesem Winter verstärkt einsetzen müssen. Darüber hinaus beteiligt sich die Reichsanstalt in wesentlicher Umfang bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Hier kommen sogenannte „verlorene Zuschüsse“ in Frage, die in vielen Fällen das Zustandekommen der Arbeiten überhaupt erst ermöglichen. So erreichten diese Zuschüsse bei dem ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm mit insgesamt 135 Millionen RM. eine Höhe von RM. 20 Millionen. Der zweite Arbeitsbeschaffungsplan in Höhe von etwa 200 Millionen RM. fordert einen entsprechend höheren Zuschuß. Neben diesen Maßnahmen stellte die Reichsanstalt dem Reich seit dem 1. April 1932 noch einen Gesamtbeitrag von rund 160 Millionen aus ihren Ueberlässen zur Verfügung. Dadurch wurde dem Reich die Beschaffung der Reichsmittel für die Krisenfürsorge und den freiwilligen Arbeitsdienst zu einem wesentlichen Teil abgenommen, zum anderen die Aufbringung der Wohlfahrtsbeiträge für die Gemeinden erleichtert. Desgleichen glaubt die Reichsanstalt aus der neuen Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, deren Einziehung durch die Dienststellen der Reichsanstalt im ersten Halbjahr in geordnete Bahnen gebracht wurde, dem Reich im Winterhalbjahr rund 240 Millionen für die Restfinanzierung der Krisenfürsorge zuführen zu können. Bei der Verwendung des an das Reich abgeführten Ueberflusses in Höhe von 160 Millionen zur Erweiterung des Kreises derjenigen Unterstützten, die sie aus eigenen Mitteln zu betreuen hat, hätte die Reichsanstalt die Zahl der von ihr Betreuten um mehr als 600 000 ausdehnen können.

Für das zweite Halbjahr wird mit einem höheren Ueberfluß als im ersten Halbjahr gerechnet. Hier wird unerbitlich die Zahl von 200 Millionen RM. genannt. Die Reichsanstalt stellt also einen sehr starken Faktor innerhalb der gesamten Arbeitslosenhilfe dar und leistet dem Reiche auf dem Gebiete des Finanzausgleiches eine wesentliche Hilfe.

Volk, um der Wähler willen - deren Entscheidung vom 6. November eine positive Auswertung verlangt, die nicht an den kleinsten Eigeninteressen der verschiedenen Parteigruppen scheitern darf. Denn jene positive Auswertung des Sinnes der Wahlen vom 6. November (und nur so haben diese Wahlen überhaupt einen Sinn - allerdings einen anderen als Herr von Papen ihn konstruiert) kristallisiert erst aus Wahlziffern und Stimmenvergleichen den wahren Volkswillen heraus, der am 6. November zum Ausdruck kam: Den Willen zu eigener politischer Führung und wirklicher Demokratie. So zum Positiven geformt aber erhält die wirkliche Stimme des Volkes - herausgehoben aus der bunten Vielstimmigkeit der Parteimeinungen - eine Macht, die auch jene heillosen Kräfte Herr von Papens nicht zu verkleinern imstande sind.

Ist aber erst diese Mehrheit des wirklichen positiven Volkswillens in einer parlamentarischen Koalition ohne parteipolitische Bindung und Begrenzung geschaffen, dann wird auch der Reichspräsident von Hindenburg sich der aus seinem Treuhänderwillen gegebenen Alternative für oder gegen den Volkswillen nicht zu entziehen vermögen. - Das muß die Konsequenz der aufbauwilligen Parteien bestimmen. Vergessen wir nicht, daß für sie eine große Stunde zu gewinnen oder zu verlieren ist: Eine Entscheidung, bei der es nicht nur um die Eigeninteressen, sondern um die Gesamtinteressen des Volkes geht.

Herr von Papen oder die „Anderen“?

Die finanzielle Lage der deutschen Sozialversicherung

Die finanzielle Entwicklung der Träger der deutscher Sozialversicherung in den einzelnen Versicherungszweigen zeigen die letzten Veröffentlichungen des statistischen Reichsamtes. Danach sind in der Kranken- und Invalidenversicherung die Beiträgeinnahmen im zweiten Vierteljahr 1932 gestiegen, dagegen bei der Knappschafts- und Pensionsversicherung etwas, bei der Angestellten- und Arbeitslosenversicherung beträchtlich zurückgegangen. Die Ausgaben haben infolge der Sparmaßnahmen bei der Invalidenversicherung und durch die Uebertragung der Lasten auf den Wohlfahrtsset der Gemeinden auch bei der Arbeitslosenversicherung abgenommen. Eine Zunahme der Ausgaben war bei der Kranken- bei der Angestellten- und bei der knappschaftlichen Pensionsversicherung zu verzeichnen.

Die Krankenvversicherung weist einen Rückgang in ihrem Mitgliederbestand auf. Ebenso ging die Krankenziffer im Laufe des zweiten Vierteljahres so sehr zurück, daß der tiefste Stand seit dem letzten Inflationsjahr erreicht wurde. Infolge der Beschränkung der Krankengeldzahlungen konnte im 1. Halbjahr ein Ueberfluß der Einnahmen von RM. 0,34 je Mitglied erzielt werden gegenüber einem Ueberfluß der Ausgaben von RM. 0,75 im ersten Halbjahr 1931. Die Ausgaben pro Mitglied betragen jetzt RM. 35,07 bei einer Einnahme je Mitglied von RM. 35,41.

Den Rentenzahlungen in der Invalidenversicherung, die im zweiten Vierteljahr 1932 insgesamt 317,1 Millionen RM. betragen, standen an Einnahmen nur Beiträge in Höhe von RM. 159,1 Millionen und Reichsmittel von RM. 96,8 Millionen, zusammen also RM. 255,9 Millionen gegenüber, so daß RM. 61,2 Millionen (im ersten Vierteljahr 70,6 Millionen) mehr ausgezahlt als eingenommen wurden. Die Rentenleistungen sind gegenüber den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um 2,5 v. H. zurückgegangen, während die Beitragseinnahmen um 1,7 v. H. höher sind. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1931 sind die Beitragseinnahmen

bedeutend stärker gesunken als die Rentenleistungen. Der Ueberfluß der Beitragseinnahmen in der Angestelltenversicherung ist im letzten halben Jahre erheblich zurückgegangen. Er beträgt bei einer Beitragseinnahme von RM. 149,3 Millionen und einer Rentenauszahlung von 107,8 Millionen RM. nur noch RM. 41,5 Millionen. Katastrophal ist die Lage der knappschaftlichen Pensionsversicherung. Da die Beiträge während der ersten sechs Monate nur 45,8 Millionen RM. erbrachten, jedoch 96,2 Millionen an Renten gezahlt wurden, mußte das Reich einen größeren Zuschuß gewähren. Die Arbeitslosenversicherung nahm im ersten Halbjahr 546 Millionen RM. ein, mußte aber 588,4 Millionen RM. auszahlen. Der Fehlbetrag bezieht sich aber nur auf das erste Vierteljahr 1932. Im zweiten Vierteljahr ergab sich bereits ein Ueberfluß von 27,5 Millionen, da die Ausgaben durch die Ueberweisung der Hauptunterstützungsempfänger an die Krisenunterstützung um 35 v. H.

gegenüber dem ersten Vierteljahr gesenkt werden konnten.

Der Ueberfluß der Ausgaben über die Einnahmen muß von den Versicherungsträgern, sofern nicht der Staat hilft, aus dem Vermögen bezahlt werden. Im August 1932 hat sich das Reinvermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Träger der Invalidenversicherung um 2,9 Millionen RM. auf 3199,9 Millionen Reichsmark verringert. Da beide Versicherungsträger im August größere Schuldverpflichtungen abgedeckt haben, hat auch das Rohvermögen erheblich abgenommen. Bei beiden Versicherungsträgern zusammen ergab sich ein Rückgang um 12,1 Millionen RM., woran die Angestelltenversicherung mit 1 Million beteiligt ist. Die Angestelltenversicherung hat im August auch einige Darlehen gegeben, und zwar vor allem an die Länder und auf Grundstücke mit Wohnungsneubauten, insgesamt in Höhe von RM. 0,8 Millionen.

Sonja Petrowa - die Dorfsärztin

Von William C. White

In den vier Tagen, die wir zusammen waren, erfährt ich, daß beide 1922 die Moskauer Universität beendet hatten und von da aus gleich in ein Dorf des Tambowschen Bezirks gegangen waren - fremd in eine fremde Provinz. Eben hatten sie beide Urlaub. Sie waren ein jüdisches Paar. Es war offensichtlich, daß sie aus gutem Hause stammten, dazu brauchte man nicht erst zu hören, wie sie englisch, französisch und deutsch sprachen. Ihr Mann konnte nur russisch. Sie fand sich gleich zurecht, während der Mann sich in dem bescheidenen Logis des kleinen Speiseraumes erster Klasse viel weniger wohl zu fühlen schien.

Als wir uns trennten, gab ich ihnen meine Moskauer Anschrift. Vor Weihnachten kamen sie in die Stadt und luden mich ein, sie in ihrem Dorf zu besuchen. Ihr Anwesen war eine Suite aus Balken gebaut und enthielt ein Schlafzimmer, einen Wohn- und Speiseraum und eine riesige Küche. Im Speiseraum stand ein kleiner Tisch und ein Regal mit medizinischen Büchern. Als das Frühstück beendet war, entschuldigten sich die Ärztin und ihr Mann. „Wir sind sehr beschäftigt“, sagte sie. „Iwan Andrejewitsch ist den ganzen Tag in der Schule, und ich bin den Vormittag über im Krankenhaus. Wenn Sie sich ausgerüstet haben, kommen Sie wieder in die Klinik.“

Das Krankenhaus bestand aus einer Reihe von Gebäuden, die in einem Walden standen. Es gab ein mit Brettern verkleidetes Hauptgebäude, einige kleine Häuser, ein zweistöckiges Wohnhaus und im Hintergrunde einige Cottagen, die die Wirtschaftsgebäude darstellten. Im Hof vor dem Hauptgebäude standen dreißig bis vierzig Schlitzen. Ich trat in den Vorraum. Ueberall, auf den Bänken, sogar auf dem Fußboden, saßen alte und junge Leute. Einige hatten schwere Krücken, andere Stühle, einige lagen auf der Erde, alle lebend oder sterbend. Vor einem kleinen Fenster schrieben sich die Ankommenliste der Reihe nach ein. Vor einem Schalter hielten sie sich nach der ärztlichen Beratung hintereinander auf und erhielten die verschriebenen Medikamente. Immer wieder öffnete sich die Tür und eine Krankenschwester in schmutzweißer Schürze rief

den Namen des nächsten Patienten auf. Ich fand die Ärztin an ihrem Platz vor.

Zwei Stunden lang zogen die Kranken an ihr vorbei. Es gab ein Dutzend Schnittwunden und Abszesse, wozu sich Fälle von Hautkrankheiten und davon einige bei Kindern. Drei Frauen hatten ein Abtreiben; man wies sie an, zu warten. Man fragte einen alten Mann herein, der eine Augenentzündung hatte. Sonja Petrowa ließ ihn in den Krankenstall zu bringen. Es kamen einige Kinder mit Augenentzündungen. Dann kam ein kleiner Junge mit Diphtherie, den seine Mutter dreißig Kilometer getragen hatte, zu Fuß durch den Schnee der Straße. „Lassen Sie den Jungen im Krankenstall, wir werden für ihn sorgen.“ „Aber ich will bei ihm bleiben“, sagte die Mutter. „Es geht nicht, es ist kein Stamm da. Wir werden ihn schon versorgen.“ Dann warnte sie sich auf englisch zu mir: „Er wird morgen sterben. Sie warten immer zu lange, ehe Sie die Kranken bringen.“

Um ein Uhr wurde der letzte Patient abgefertigt. Sie zählte zusammen: „Fünfundsechzig heute Besuche!“ sagte sie, „ein leichter Tag! Heute nachmittag drei Operationen - eine Blinddarmentzündung, und zwei von den Abtreibungen muß ich auch machen.“

„Jeden Tag kommen jetzt bis hundert Kranke aus einem Umkreis von fünfzig Kilometern in ihr Krankenhaus.“ Die Leute aus dem eigenen Dorfe oder aus der nächsten Umgebung kommen beim geringsten Anlaß. „Es macht ihnen Spaß, daß jemand für sie sorgen soll“, erklärte sie mir. „Aber diejenigen, die weiter entfernt wohnen, warten so lange. Sie versuchen es erst mit ihren eigenen Mitteln. Da finden dann die ärztlichen Kräfte ihre Opfer.“

„Und dann die Abtreibungen! Von Woche zu Woche nehmen sie zu. Die Frauen rebellieren. Sie wollen nicht zwölf oder fünfzehn Kinder zur Welt bringen und gleichzeitig die Feldarbeit besorgen - denn die Hälfte der Kinder stirbt ja doch. Die Regierung hat eingegriffen, wir sollten die Abtreibungen auf Wunsch untersagen, aber ich mache sie nur, wenn sie schon drei Kinder haben.“

Das Krankenhaus hat einen Krankenstall mit zwölf Betten, einen Operationsraum und hat einen beschränkten Vorrat an Medikamenten. Alles ist kopiert: Sonja Petrowa besitzt ein Manuskript von hunderteinzig Rubel. Das Manuskript ist jede Lage in der Woche von 8 bis 1 Uhr geöffnet.

Wenn jemand nach der Sprechanstunde kommt, habe ich das Recht, eine Bezahlung zu verlangen, aber was können diese Leute über zahlen? Nein! Mein Mann verdient hundert Rubel im Monat. Vor der Revolution hätte ich gefunden, daß zweihundert Rubel im Monat zu wenig sind, aber jetzt sind wir in der Lage, genug anzuzulegen, um alle zwei Jahre einen Urlaub zu nehmen.“

„Sie sagen mir die übrigen Gebäude. Die zwölf Betten im Krankenstall waren belegt und ein weiteres Dutzend Betten im Gang überfüllt. Was soll ich tun. Das ist das richtige Wetter.“

für Augenentzündungen, und der Dorfswjet ist so arm.“ Der Operationsraum hatte keine Fliegenneze vor den Fenstern. „Die Fliegen im Sommer sind allerdings unangenehm - aber es ist kein Geld da für Fliegenneze.“

„Am Nachmittag vor meiner Abreise lud sie mich zu einem Spaziergang ein. Wir kletterten den glitschigen Pfad hinauf, der uns zum Friedhof hinter der Kirche führte. Es war ein ganz verwahrloster Friedhof. Hohes, verdorrtes Unkraut machte sein Aussehen trübselig. Wir kamen an einen Grabhügel, der besser gepflegt war als die anderen. Das hölzerne Kreuz war neu. Darauf stand „Iwanow“, der wohlhabendste Name in Rußland. Sonja Petrowa kniete nieder, ohne auf den Schmutz zu achten. Sie betete fünf Minuten lang, dann stand sie plötzlich auf, bekreuzigte sich und wandte sich rasch zum Gehen.“

„Mein einziger Bruder liegt hier“, sagte sie ruhig. „Sie verlassen uns morgen, und ich hätte es gern, daß Sie wissen. . . Iwanow ist nicht sein Name, aber nicht einmal mein Mann weiß, wie unser eigentlicher Name lautete. Vor der Revolution war er in Petersburg sehr bekannt. Jetzt ist das gleichgültig. Mein Vater und meine Mutter wurden im August 1918 erschossen, in einer ersten Nacht, als der rote Terror 500 Hinrichtungen auf einmal forderte. Meine Familie war von so hohem Rang, daß sie als erste dran kam. Unser Besitz wurde uns genommen, alles wurde uns genommen, nur mein kleiner Bruder blieb mir als ein Stück aus der Vergangenheit. Ich trat in die Moskauer Universität ein. Mein Bruder lebte bei mir, denn wir hatten ein paar Juwelen, die wir heimlich verkauften. Ich lernte Iwan, einen Bauernjungen, kennen und heiratete ihn. In dieser Heimat lag meine Sicherheit. Aber die dauernde Sicherheit für meinen Bruder und mich bot nur das Dorf. Iwan liebte mich so, daß er seinen größten Wunsch, in der Stadt zu leben, aufgab.“

Wir kamen in dieses Dorf, wo ich zu Anfang der einzige Arzt war. Dann erkrankte mein Bruder an Tuberkulose. Ich habe gekämpft, um ihn zu retten, aber ich mußte es ganz allein tun. Wir hatten kein Geld, ihn wegzuschicken. Für mich gütig es darum, das einzige zu retten, was mich noch mit der Vergangenheit verband. Ich dachte, mein Bruder könnte eines Tages, wenn der Kommunismus je vorüberginge, seine Stellung wiedererlangen und ein so großer Mann werden, wie mein Vater es war. Wie weit das liegt, wie unwirklich ich jetzt es mir jetzt. Es ist mir nicht gelungen - er starb. Und mit ihm starb - o, so viel, aber das Schwerkste war der Verlust meines Selbstvertrauens. Ich mußte ihn retten, aber ich konnte es nicht. Das hat die Revolution -“ sie hielt inne.

„Aber mit jedem Jahre fühle ich stärker, daß ich, wenn ich hier bleiben kann, eines Tages nicht meinen Bruder, nicht meine Vergangenheit, aber mich selbst wiederfinden werde. Denn hier bin ich unentbehrlich, und das Bewußtsein, daß man ohne mich nicht auskommt, kann mir meine Kraft wiedergeben.“

„Am nächsten Morgen nahmen wir Abschied.“

*) Wir entnehmen diese Schilderung mit sehr Erlaubnis des Verlegers dem Buche: „So lebt der Reife“, von Sonja Petrowa und Schischajew aus dem russischen Original, das im Verlag Kallio in Moskau erschienen ist. Mit einer seltenen Natürlichkeit und ungezwungenheit der Darstellung schildert sie das Werk des heutigen Lebens, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse in Sowjetrußland. Die Schilderung von Menschen und Verhältnissen, die uns der Verfasser dabei immer wieder charakteristisch vor Augen führt, ist ganz besonders merkwürdig an seinen Berichten. Er hebt sie damit nicht nur heraus aus der näheren Verhältnisse des russischen Lebens, sondern gibt damit den Dingen und Problemen selbst eine menschliche Gestalt und Bedeutung zu uns selber. Das macht dieses Buch aus der neuen russischen Literatur besonders herausragend und besonders interessant.

Wie es war und wie es werden soll

Wir leben in einer Zeit größter Umwälzung. Reaktio-näre Kreise halten die Zeit für gekommen, die arbeitende Schicht zu entrechten, um wieder abhängige Lohnsklaven aus ihnen zu machen. Ein kurzer Rückblick genügt, zu erkennen, welche Rechte und Pflichten die arbeitende Schicht früher hatte. Kann man überhaupt von Rechten sprechen? Hatten sie nicht vielmehr nur Pflichten zu erfüllen? Das einzige, was es für den Arbeiter gab, war das Almosen aus der Armenkassa, das ihm unter beschämenden Umständen hingeworfen wurde. Wenn er arbeitslos wurde, kümmerte sich weder Staat noch Stadt um sein Elend. 12 Stunden und noch mehr am Tage schuftete nicht nur der Mann, sondern auch Frau und Kinder, um unter großen Entbehrungen ihr nächstes Leben zu fristen.

Daran hat sich manches geändert. Durch unermüdliches Kämpfen hat sich die arbeitende Schicht von Stufe zu Stufe emporgearbeitet, sich Ansehen und Gleichberechtigung erobert. Wir haben eine geregelte Arbeitszeit, geregelte Entlohnung und Ferien, haben einen Betriebsrat, der im Betrieb mitbestimmen kann, sind geschützt vor Entlassung usw. Die bescheidenen Wünsche, die uns früher nur im Traum erfüllt werden konnten, haben sich verwirklicht. Auch für uns sind jetzt Sportplätze, Bäder, Turnhallen und Jugendheime da, um unseren Körper zu stärken, unseren Geist zu erfrischen. Wir können zwar nicht unsere Ferien wie die reichen Leute in Italien oder an der See verleben. Zu Fuß und mit Rucksack ziehen wir in die Welt hinaus, um die Schönheit der deutschen Heimat zu genießen. Auch haben wir Gelegenheit, unser Wissen durch gute Bücher zu erweitern und dürfen teilnehmen an Kunst und Musik. Die Kinder spielen nicht mehr in licht- und luftlosen Höfen. Daraus sind sonnige Spielplätze entstanden, aus denen der Jubel spielender Kinder erschallt.

Auf einer Reise hatte ich Gelegenheit, den Kölner Dom zu besichtigen. Immer wieder fiel mein Blick auf diesen prachtvollen Bau, der so viel an Schönheit und Reichhaltigkeit in sich birgt. Es erschien mir fast unglücklich, daß Menschenhände so etwas schaffen können. Ich entdeckte an dem einen Flügel ein Holzgerüst. Viele fleißige Hände waren daran, schadhafte Stellen auszubessern. Hätten nicht jeden Tag Menschen mit neuer Kraft und mit viel Arbeitsfreude an dem Bau geschafft, wäre er wohl niemals zur Vollenendung gekommen. Immer wird daran gearbeitet werden müssen, um ihn an Wert und Schönheit zu erhalten. Wie dieser Bau, so ist auch das Werk des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft von starken, zielbewußten Menschen aufgebaut worden. Kein Opfer war ihnen zu groß. Unermüdlich haben sie an diesem Werk geschafft. Wollen wir nicht, daß der Sturm der Reaktion das in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaute Werk vernichten soll, dann müssen auch wir Jungen unsere ganze Kraft einsetzen. Wer jetzt noch in einem Betrieb arbeitet, wird wissen, daß unsere sozialen Gesetze in größter Gefahr sind. Betriebsrat, Tarif, Ferien, das alles soll wieder verschwinden. Durch Schikanieren und Drohungen glaubte man die Arbeiter müde zu machen. Kollegen und Kolleginnen, zeigt jetzt, was ihr könnt. Es gilt nicht nur unsere Zukunft zu sichern, sondern auch die unserer Nachkommen. Ist der Kampf noch so schwer, so darf uns das doch nicht entmutigen. Mehr denn je müssen wir versuchen, unsere Rechte geltend zu machen. Wollen wir, daß der Arbeiter als Mensch gewertet wird, dann müssen wir jeden Tag neu darum kämpfen. Auch ihr, die ihr aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet, haltet dem Verband die Treue. Vergeßt nicht, ein notwendiges Glied in der Bewegung zu sein. Helft auch ihr mit, die Arbeitslosen von der Notwendigkeit des Verbandes zu überzeugen. Erst wenn wir alle gewillt sind, das Letzte für den Verband zu tun, wird unser Werk gelingen. Frieda Claß.

Was wird nach 20 Wochen Arbeitsdienst?

Demnächst läuft für sehr viele Erwerbslose die 20-Wochenfrist ab, für die sie im freiwilligen Arbeitsdienst untergebracht werden konnten. Nach den letzten amtlichen Ermittlungen mit dem Stichtag des 30. September waren über 206 000, vor allem jüngere Erwerbslose, durch den freiwilligen Arbeitsdienst erfaßt worden. Die nächste amtliche Ermittlung der Zahl der hier Beschäftigten ist erst mit dem Stichtag des 31. Oktober zu erwarten. Nun besteht zwar die Möglichkeit, die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst auf 40 Wochen für den einzelnen Erwerbslosen auszuweiten. Eine solche Erweiterung ist jedoch nur zulässig, wenn das Arbeitsunternehmen als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt worden ist, eine Voraussetzung, die nur auf sehr wenige Unternehmen des freiwilligen Arbeitsdienstes zutrifft (!). Die Mehrzahl der im freiwilligen Arbeitsdienst Tätigen kann nur mit einer Beschäftigung von 20 Wochen rechnen. Die bisher zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel erlauben leider nicht eine generelle Ausdehnung der Arbeitsmöglichkeit über die 20 Wochen hinaus.

Zu der Frage, ob denn angesichts dieser Tatsache die Gefahr bestehe, daß nach Ablauf der 20-Wochenfrist die Erwerbslosen wieder in die erzwungene Untätigkeit zurückkehren müßten, wird von unterrichteter Seite erklärt, daß man damit rechnen könne, daß auch in diesem Winter wieder Schulungskurse zur Erweiterung und Erhaltung der Berufstüchtigkeit der Erwerbslosen veranstaltet werden. Während im freiwilligen Arbeitsdienst die Erwerbslosen aller Kategorien einheitlich für einen bestimmten Arbeitsgang eingesetzt werden, ermöglichen diese Kurse ihre Spezialweiterbildung in den erlernten Berufen. Im vorigen Jahr seien durch die Berufskurse nicht weniger als 309 000 jugendliche Erwerbslose erfaßt worden. Die Kurse dauerten etwa 6 bis 8 Wochen. Die Reichsanstalt leistet Zuschüsse dafür, und auch die Industrie beteiligt sich an dieser Fürsorge durch die Bereitstellung von Werkräumen und Maschinen. Mitunter wurde bei diesen Kursen den Teilnehmern auch eine Hauptmaßnahme verabsichtigt. Andere Möglichkeiten als die der Fernhaltung der Erwerbslosen von der Straße durch weitere

Um was es geht

Wir durchleben gegenwärtig eine Zeit nie dagewesener wirtschaftlicher und politischer Wirren. Not und Unsicherheit liegen über uns. Grund genug, um die Menschen unwillig und verdrossen zu stimmen. Nun sollte man glauben, jeder Mensch müsse es als Pflicht betrachten, die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in bessere kehren zu helfen, weil dadurch der politische Haß abgedämmt und die Menschen wieder zufriedener gestimmt würden. Doch leider ist es zum Schaden für das ganze deutsche Volk nicht so. Es gibt gewisse Leute, die offenbar aus purem Eigeninteresse oder Veranlagung ihre Aufgabe darin sehen, das ohnehin schon schwer geprüfte deutsche Volk durch Wort und Schrift und Tat gegeneinander aufzuhetzen.

Sie nutzen die Verzweiflung und Niedergeschlagenheit und besonders die Not der Arbeiterschaft noch aus, sie schreiben die alleinige Schuld an den miserablen Verhältnissen diesen oder jenen Leuten zu, und versprechen den armen, verzweifelden Menschen, die in ihrer Notlage nach jedem Strohhalme greifen, von dem sie eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen, geradezu alles. Dabei muntert sie die armen, irreführten Menschen auf, Opfer zu bringen, weil das zur Erreichung des Zieles notwendig sei, und befriedigen durch diese Opfer anderer ihre eigenen Interessen. Sie pflanzen Haß in die Herzen der Menschen, um dabei zu profitieren. Dies, es sei einmal mit aller Deutlichkeit gesagt, ist der billigste Preis und die gemeinste Art, Menschen an sich zu fesseln: ihnen bewußt unerfüllbare Versprechungen zu machen.

Solches Handeln ist wahrlich eines echten Deutschen unwürdig. Und doch muß festgestellt werden, daß gerade jene Menschen so handeln, die die Worte „deutsch“ und „national“ mehr als nötig im Munde führen. Wer wirklich deutsch sein will, wer wirklich will, daß Deutschland blühe im Glanz des Glückes, der Einigkeit, des Rechtes und der Freiheit, der darf nicht Sekreden halten und Schriften verbreiten gegen eine Schicht des deutschen Volkes und ihre Vertreter. Wer wirklich deutsch sein will, der darf die Volksschichten nicht unterschiedlich einschätzen und auch nicht unterschiedlich behandeln, wenn er an einer für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse verantwortlichen Stelle steht. Wer wirklich deutsch sein will, darf auch nicht glauben, daß die für die Staats- und Volkshführung qualifizierten Menschen nur aus einer Schicht des deutschen Volkes kommen könnten. Wer aber doch so redet und handelt, der sündigt, so oft er im Deutschlandlied singt: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

Das gilt auch besonders für jene, die durch ihre maßlose Kritik die Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer schlecht machen, und die da sagen, in der politischen Gleichberechtigung und in der Mitbestimmung der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben, die sie sich durch die gewerkschaftliche Organisation erkämpft hat, liege das Grundübel für die politische und wirtschaftliche Krise. Entweder muß man annehmen, diese Menschen verstehen von dem Zusammenhang der Dinge gar nichts, dann aber dürften sie sich kein Urteil erlauben, oder aber sie ur-

teilen aus Haß so über die Gewerkschaften, besonders über die christlichen, weil sie einsehen, daß diese es ernst nehmen mit dem Volksgemeinschaftsgedanken. Anzunehmen ist, daß letzteres überwiegend der Grund zur zügellosen Heße gegen die Gewerkschaften ist. Man sehe nur, von wem die Heße ausgeht.

Daß es jenen gewinn- und herrschsüchtigen Menschen nicht paßt, daß die Macht der organisierten Arbeiterschaft sie in ihrem egoistischen Handeln hindert, und daß es jenen Menschen, die glauben, ein Vorrecht am Leben zu haben, nicht paßt, daß die Gewerkschaften die Forderung auf gleiches Lebensrecht für jeden einzelnen stellen, weiß jeder, auch der ungeschulteste Mensch.

Wenn es nun schon überhaupt beschämend ist für die modernen Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts, daß sie über das große ungeschriebene Recht noch streiten, das vom Schöpfer des Menschengeschlechts selber geschaffen ist, dadurch, daß er alle Menschen gleichen Wesens erschaffen hat und ihnen allen gleiche Bestimmung gab, dann ist es besonders beschämend, wenn gerade jene Menschen daran herumdeuteln, die sonst alles wissen und alle Wissenschaft als ihr Privilegium betrachten. Wenn zudem diese Menschen auch noch großen Wert darauf legen, daß Deutschland in der Reihe der Kulturvölker an erster Stelle mitgenannt wird, dann muß man sich fragen: Glauben denn diese Menschen, die Kultur eines Volkes könnte und brauchte nur nach dem Lebensniveau einer Volksschicht beurteilt werden?

Jene Leute brauchen sich deshalb nicht zu wundern, daß bei einer solchen Einstellung ihrerseits die Arbeiterschaft um das von Gott gegebene und von Gott gewollte Recht kämpft. Das ist die Quelle alles Hasses, daß es Menschen gibt, die den Bruder und die Schwester nicht so achten und ehren, wie sie sich selber respektiert wissen wollen. Wer aber weiß, daß gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit allen erlaubten Mitteln dafür zu kämpfen, daß gleiches Lebensrecht allen Menschen werde, der braucht nicht mehr zu fragen: Warum bekämpft man die christliche Gewerkschaftsbewegung und wer bekämpft sie? Warum? — Weil alle ihre Gegner einsehen, daß die christliche Gewerkschaftsidee keine Utopie ist; weil sie nicht als undurchführbar abgewiesen werden kann; weil die christliche Gewerkschaftsbewegung das Wohl des gesamten deutschen Volkes will, jene Menschen aber nur ihr Eigenwohl. Wer ist Gegner? — Alle, die für sich mehr beanspruchen, als sie anderen zuerkennen wollen.

Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, sich gegen solchen Egoismus und die Beschneidung ihrer Rechte zur Wehr zu setzen. Sie tut das nicht aus engstirnigem eigenen Interesse. Wir billigen auch anderen die Wahrnehmung ihrer Belange zu und räumen auch den andern Ständen gleiches Lebensrecht und gleiche Geltung in Staat und Wirtschaft ein. Aber denselben Rechtsanspruch müssen wir auch für uns erheben. Gegen alles Bestreben aber, uns dieses Recht auf Kosten anderer zu beschneiden, gilt es sich entschieden zur Wehr zu setzen. Die Lösung der Arbeiterschaft muß sein: Nie wieder Knechtschaft, nie wieder Fron.

Ausbildung würden sich nur ergeben, falls es doch gelingen sollte, mehr Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst flüssig zu machen. Die Verlängerung der Durchschnittsfrist für diesen Arbeitsdienst wird auch von den Bänden und Organisationen befürwortet, die als Träger des Dienstes in Frage kommen.

Beschäftigung im Monat Oktober 1932

Erfreulicherweise können wir eine weitere Verbesserung der Beschäftigtenzahl für den abgeschlossenen Monat Oktober gegenüber dem Monat September feststellen. Die Vollbeschäftigtenziffer stieg von 25,6 Proz. auf 28,8 Prozent oder um 3,2 Prozent. Sicher sind wir über diese Besserung sehr erfreut, jedoch wird man uns recht geben müssen, wenn wir behaupten, daß diese Besserung nicht dem Grade entspricht, den der Herr Reichskanzler in seinen Kundfunk- und sonstigen Reden immer wieder feststellen möchte. Die Arbeitslosenzahl fiel von 27,6 auf 27,0 Prozent, also kaum eine Veränderung, die Kurzarbeit ging von 46,8 auf 44,2, also um 2,6 Prozent zurück.

Etwas angezogen hat die Beschäftigung in der Woll-, Baumwoll- und Jutebranche. Die höchsten Arbeitslosenzahlen sind in der Seiden-, Leinen-, Jute- und Spitzenbranche vorhanden. Die Kurzarbeit ist am größten in der Baumwoll-, Woll-, Leinen- und Seidenbranche.

Meine Frau erhielt bei der Geburt unseres ersten Kindes ein Wochengeld von M. 12,68 pro Woche. Da ich arbeitslos war, wurde das Wochengeld auf meine Unterstützung angerechnet und ich erhielt nur noch M. 1,85 pro Woche. Dem Verbands dankte ich es, daß im Einspruchsverfahren die Entscheidung aufgehoben wurde und ich bei der nächsten Auszahlung eine Nachzahlung von M. 28,60 erhielt.

Gerade der Arbeitslose braucht heute in tausend Fällen die Organisation. Ohne die wirksame Hilfe des Verbandes hätte ich meiner Frau nicht die notwendigen Stärkungsmittel beschaffen können.

Das Mitglied R. Robberich, Rheinland.

Nochmals: Die Lücke im Fürsorgerecht

Wir erhalten zu der Frage „Fürsorgerecht und Hilfsbedürftigkeitsprüfung“ folgende weitere Zuschrift: Wer „hilfsbedürftig“ ist, ist aus den Bestimmungen des § 5 der Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge ersichtlich. Es heißt dort: „Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltungsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen erhält.“

Daß man die Feststellung der Hilfsbedürftigkeit nicht aus den Akten treffen kann, ist selbstverständlich. Trägt jedoch der Rechtsuchende den Rechtssprecher seine Notlage vor, die er sehr oft schriftlich zu schildern und schriftlich rechtlich zu begründen nicht in der Lage ist, dann wird m. E. viel eher die Entscheidung zu Gunsten des Hilfsbedürftigen ergehen. Im Fürsorgerecht kann es nicht nur auf die Rechtssprechung, sondern es muß auch auf die Rechtshilfe ankommen. Besonders deshalb, weil die Hilfe eine individuelle ist, die auf die Notlage des Hilfsbedürftigen abgepaßt sein muß, empfiehlt sich mündliche Verhandlung.

Es ist ein Nonsens, wenn das Arbeitsamt an die Entscheidung der Fürsorgebehörde gebunden ist. Der Spruchauschuß des Arbeitsamtes entscheidet nach mündlicher Verhandlung, während der Wohlfahrtsauschuß nach Lage der Akten in Fällen entscheidet, die für die Gewährung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung das Primäre, nämlich die Anerkennung der Hilfsbedürftigkeit bedeuten. Ueber das Sekundäre wird also beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes mündlich verhandelt, und über das Primäre, nämlich über die Voraussetzung zur Gewährung der Unterstützung, nach „Lage der Akten“.

Die Spruchauschüsse bei den Arbeitsämtern haben sich bewährt, und manche Entscheidung des Arbeitsamtes ist zu Gunsten der Arbeitslosen durch die Spruchauschüsse aufgehoben worden. Soll nicht daselbe auch bei dem Wohlfahrtsamt und infolge der individuellen Prüfung der Hilfsbedürftigkeit hier nicht noch mehr der Fall sein? Während es sich in der Arbeitslosenversicherung um die Gesetzesauslegung handelt, kommt im Fürsorgerecht auch noch die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit hinzu. Die Notlage beurteilen aber sehr voraus, die Notlage zu kennen. Will man die Notlage kennen lernen, dann muß man dem Hilfsbedürftigen auch die Möglichkeit geben, seine Notlage zu schildern und zu beweisen. Das kann aber nur in mündlicher Verhandlung geschehen.

Deshalb: Her mit der mündlichen Verhandlung auch vor den Organen des Fürsorgerechtes!

Die christlichen Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst

Die christlichen Gewerkschaften haben den freiwilligen Arbeitsdienst nicht zu einer literarischen Angelegenheit gemacht...

Gerade beim freiwilligen Arbeitsdienst kommt alles auf den Führer an. Ueberall da, wo der 'richtige Kerl' die Sache anpackt...

Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Ergänzung der sozialen Leistungen

Im Anschluß an die Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen vom 19. Oktober d. J. hat nunmehr der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung...

Um die Durchführung der notwendigen Berechnungen möglichst einfach zu gestalten, ist die Zulage nur immer dann zu gewähren, wenn für sechs zusammenhängende Wochentage Hauptunterstützung ausgezahlt wird...

Da immer nur für sechs Unterstütagstage gezahlt werden kann und die Vorschriften über die Zulage am 31. Oktober in Kraft treten, war demnach die Zahlung der ersten Zulage am 8. November fällig...

Streik-Ende in Lancashire

Der Streik der Baumwollspinner in Lancashire hat ebenso schnell wie er ausbrach sein vorläufiges Ende gefunden. Die Abstimmung unter der Arbeiterschaft...

Ob damit die Differenzen in der englischen Baumwollspinnerei auf längere Sicht behoben sind, läßt sich allerdings fraglich. Offenbar ist die erfolgreiche Wiedernahme der Arbeit lediglich aus der Ermüdung der Arbeiterschaft beschaffbar...

Mitarbeiterkonferenzen für die Geschäftsstelle Krefeld

Am 22. 10. versammelten sich die Vertreter der Ortsgruppen zur diesjährigen Herbstgeschäftsstellenkonferenz. Im Mittelpunkt derselben standen die Ausführungen des Vertreters des Hauptvorstandes, Kollegen Joh. Müller, Düsseldorf...

Alles in allem eine Tagung, die unseren Mitarbeitern neues Aufsehen für ihr gewerkschaftliches Arbeiten gab, aber auch in ihnen den Glauben an die Zukunft der Bewegung neu festigte.

Am 29. Oktober fand in Ergänzung dieser Konferenz eine solche der Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute der Geschäftsstelle statt, zu der sich ebenfalls eine stattliche Anzahl Mitarbeiter versammelt hatte.

Kollege Kleinwächter konnte ebenfalls auf eine Reihe lohnpolitischer Erfolge der letzten Zeit hinweisen, die nur durch ein strenges Organisationsverhältnis zu erreichen gewesen waren.

In der darauffolgenden Aussprache wurde gerade diesem Wirken der Organisation Anerkennung gezollt. Der Organisation wurden daher auch weitgehende Vollmachten erteilt, um in Zukunft lohnpolitisch die Maßnahmen treffen zu können...

Auch in dieser Konferenz trat der einheitliche Wille unserer Betriebsfunktionäre zutage, ihre ganze Kraft für ein weiteres Erstarken des Verbandes einzusetzen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Langenbielau. Am 31. Oktober versammelte die Ortsgruppe Langenbielau unter zehrentlicher Beteiligung von Mitgliedern und Gästen im Quos-Saal ihr diesjähriges Gewerkschaftsfest. Nach einem gut vorgetragenen Prolog über die Vorhänge, Kollege Ohnejorge, in seiner Begrüßung u. a. die Herren Geislingen, Pastor prim. Süßenbach und Herrn Pfarrer Rininger...

Herr Pastor prim. Süßenbach überbrachte Glückwünsche seitens der evangelischen Gemeinde und des evangelischen Arbeitervereins und hob hervor, daß durch den evangelischen Arbeiterverein die christlichen Gewerkschaften historisch aus der Taufe gehoben worden sind. Er unterstrich die Ausführungen des Festredners besonders über die Forderung einer gesunden Sozialpolitik...

Siehe. Eine Rundgebung von außerordentlicher Bedeutung war die Tagung der Funktionäre unseres Verbandes, Gewerkschaftliche Vorankündigung am 29. Oktober in Schapheim. So zahlreich wie noch nie waren die Orts- und Betriebsfunktionäre...

zeigen, war Aufgabe und tiefster Sinn dieser machtvollen Kundgebung, die nach herzlichem Begrüßungswort des Geschäftsführers Kinde (Vorredner) pünktlich ihren Anfang nahm. Außer den erschienenen Vorständen, Vertrauensleuten und Betriebsräten konnte Kollege Kinde den zweiten Verbandsvorsitzenden unseres Verbandes, den Kollegen Franz Fischer (Düsseldorf), und den Bezirksleiter, Kollegen Kümmele (Freiburg), begrüßen.

Kollege Fischer behandelte in einem hochangelegten und von hohem Verantwortungsbewußtsein getragenen Referat das Thema: 'Unser Kampf um Freiheit und Aufstieg von Volk und Arbeiterschaft'. In seinen Ausführungen wies er hin auf den Kampf um eine Verfassungsreform und zeichnete insbesondere ein Bild der Zerstörungsbauarbeit des Radikalismus von links und rechts, die es erst ermöglichte, einer volksfeindlichen Politik die Wege zu bereiten...

Stärker Beifall lohnte den Redner für seine markanten Ausführungen und brachte zugleich zum Ausdruck, daß die Funktionäre unserer Bewegung gewillt und entschlossen sind, für die Verwirklichung der aufgegebenen Ziele ihre ganze Kraft einzusetzen.

Anschließend behandelte der Bezirksleiter, Kollege Kümmele, die Lage in unserem Verbandsbezirk, indem er auf den Ernst der Lage hinwies und manche Ausführungen des Vorredners unterstrich. Sein Appell richtete sich an alle Funktionäre zur tatkräftigen Mitarbeit.

Das Referat des Geschäftsführers, Kollegen Kinde, beschäftigte sich mit der praktischen Auswertung der Referate, mit der Vorbereitung und Ausgestaltung der Winterarbeit. Besondere Beachtung widmete er der Jugendbewegung, dem Versammlungsweisen und der Bildungsarbeit. Es mied nur Aufgabe der Ortsgruppen sein, für die Nachbarmachung aller der reichen Anregungen an den einzelnen Orten ausgiebige Sorge zu tragen.

Die rege Aussprache, an der sich eine Anzahl alter, besonders aber auch junger Kolleginnen und Kollegen hervorragend beteiligte, zeigte, daß die Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren.

Die Rundgebung wurde von den versammelten Funktionären mit nachstehender einheitlicher Willenskundgebung beschlossen:

Die christlich organisierte Arbeiterschaft hält an der in der Reichsverfassung verankerten Grundidee unseres Staates, als eines demokratischen und sozialen Volksstaates, unverrückbar fest. Sie lehnt alle offenen und versteckten Diktaturbestrebungen, woher sie auch kommen, sowie alle Versuche, die Staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten des Volkes zu beschneiden, entschieden ab. Sie verlangt die Wiedereinführung der Volksvertretung als kontrollierendes und gesetzgebendes Organ. Etwaige Verfassungsänderungen sollen nicht ohne oder gar gegen die Volksvertretung, sondern mit ihr erfolgen.

Die Versammelten warnen die Arbeiterschaft vor jedem Radikalismus im Parteilieben, der aus einseitigem rückwärtsloren Nachstreben heraus in unfruchtbarer Obstruktionspolitik verharret, sich selbst als politischen Machtfaktor ausschaltet, durch sein Verhalten die Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung beeinträchtigt und dadurch den Bestrebungen der Reaktion Vorschub leistet. Volk und Arbeiterschaft ist weder mit Betrügnungen auf ein 'Drittes Reich' noch auf den 'Sowjetstaat' gedient. Was wir brauchen, ist eine Volksvertretung, die unter Hintanhaltung parteipolitischer Interessen eine verantwortungsbewusste, von Gerechtigkeitssinn und sozialem Verständnis getragene Aufklarung leistet.

Die christliche Arbeiterschaft wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen das in den erlassenen Notverordnungen der gegenwärtigen Reichsregierung enthaltene soziale Unrecht, das den Erwerbslosen und den Rentempfängern sowohl als auch den noch in der Beschäftigung stehenden Arbeitnehmern schwere Lasten auferlegt, während gleichzeitig den übrigen Volksschichten weitgehende Erleichterungen gewährt werden. Die nachträglich zugelassenen Milderungen dieses Unrechtes sind durchaus ungenügend. Die Versammelten verpflichten sich, den Kampf gegen die in den Notverordnungen enthaltenen Leistungs- und Lohnbeschränkungen weiterzuführen, bis ein die Arbeiterschaft befriedigendes Ergebnis erzielt ist.

Die christliche Arbeiterschaft wendet sich mit besonderer Schärfe gegen die Auslieferung des gesamten sozialen Versicherungs- und Arbeitsrechtes an die Reichsregierung. Diese Auslieferung bedeutet eine Gefährdung aller sozialen Errungenschaften. Die Rückgängigmachung dieser Ermächtigung ist ein Gebot elementarster sozialer Gerechtigkeit.

Buchbesprechung

Zum Weihnachtshüchertisch des Volksverbandes der Bucherfreunde.

Einem besonders reichhaltigen und literarisch wertvollen Weihnachtshüchertisch bereitet auch in diesem Jahre wiederum der Volksverband der Bucherfreunde (Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 42/43). Die besten Autoren von Ruf und Rang sind hier mit Berken vertreten, über die in jedem Gesellschaftskreise gesprochen wird: Kamen wie Thomas Mann, Federer, Garghofer, Krensen, Galsworthy, Hamsum, E. Hauptmann, Goeckelner, Huch, London, Löns, Michaelis, Molo, Olden, Hoff, Wasserström u. a. m. repräsentieren das literarische Niveau, auf dem das Hauptprogramm des B. d. B. aufgebaut ist. Buchtechnisch ist jedes B. d. B.-Werk das Produkt vollendeter deutscher Wertarbeit, und die vornehm gediegenen Häftelbänder in ihren niedrigen Preislagen nehmen eine überragende Stellung auf dem deutschen Buchmarkt ein.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: 'Geglückte Sanierung' — auf Kosten der Arbeitlosen. — Die Stunde der Parteien. — Die finanzielle Lage der deutschen Sozialversicherung. — Die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe durch die Reichsanstalt. — Wie es war und wie es werden soll. — Was wird nach 24 Wochen Arbeitsdienst? — Um was es geht. — Beschäftigung im Monat Oktober 1932. — Nochmals: Die Lücke im Fürsorgerecht. — Die christlichen Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst. — Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Ergänzung der sozialen Leistungen. — Streik-Ende in Lancashire. — Mitarbeiterkonferenzen für die Geschäftsstelle Krefeld. — Feuilleten: Sonja Petrova, die Dorfärztin. — Berichte aus den Ortsgruppen: Langenbielau. — Vorredner. — Buchbesprechung.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.